

KOMMENTAR

In der Empörungsfalle

DEMOS Gegen irreführende Pegida-Anhänger helfen klare Worte. Gegen Hassprediger braucht es andere Rezepte.

Hass ist die Rache des Feiglings, der eingeschüchtert ist, bemerkte der Dramatiker George Bernard Shaw. Die Pegida-Demonstration vom vorgestrigen Abend in Dresden hat leider eine neue, schlimme Stufe des Hasses und der Feigheit erreicht. Was vor einem Jahr als Empörung gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ begann, ist zu einem Aufmarsch der Feindseligkeit gegenüber Asylsuchenden, gegen maßgebliche Politiker, gegen das demokratische System, gegen Medien geworden.



VON REINHARD ZWEIFLER, MZ

Diskutieren Sie mit uns auf: Facebook, Twitter und Google+

Gegen rechtsextreme, geschichtsvergessene Hassprediger hilft nun wirklich nur noch die Härte des Rechtsstaates. Dass sich selbst der vorbestrafte Pegida-Anführer Lutz Bachmann von Pirinccis unsäglichem Auftritt distanziert, geschah wohl eher aus der Sorge, dass der Staat den ganzen Spuk verbieten könnte.

Etwas anders mögen die Dinge bei vielen der Mitläufer liegen, die die Pegida als ihr Wut-Ventil auf „die da oben“ betrachten. Dass man sich Sorgen um zu viele Flüchtlinge in Deutschland macht, dass Fragen zur Funktionsfähigkeit der Kommunen, zur Leistungsfähigkeit unserer Sozialsysteme gestellt werden, ist legitim, Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge, gegen Politiker, Bürgermeister, Landräte, Polizisten, gegen Journalisten ist es nicht. Pegida-Mitläufer können nur erreicht werden mit klaren, ehrlichen Worten, mit Konzepten, die wir diese riesige Herausforderung meistern können. Einfache Wir-schaffen-das-Rhetorik der Kanzlerin reicht dazu ebenso wenig aus wie die Wir-machen-die-Grenzen-dicht-Phantasien von anderen Konservativen.

Allerdings müssen Politiker aufpassen, dass sie dabei nicht gewissermaßen in eine Empörungsfalle treten. Vizekanzler Sigmar Gabriel und Innenminister Thomas de Maizière zeigten vor Monaten noch reichlich Verständnis für Pegida-Besorgte. Inzwischen sind sie offenbar eines Schlechteren belehrt worden und empören sich mit harten Worten. Doch Empörung allein reicht nicht. Es braucht Antworten. Selbst wenn viele der Anti-Flüchtlingmarschierer mit Argumenten nicht mehr erreichbar scheinen. Sie laufen ihren lieb gewordenen Feindbildern hinterher. Dass sich nun Tausende Menschen den Hass-Demonstrationen entgegenstellen und dass Tausende weiterhin den Flüchtlingen helfen, ist das eigentlich ermutigende Zeichen.

Pegida erlebte eine Radikalisierung, die zum Teil über die Grenzen unserer Verfassung hinausgeht, über die Grenzen kulturvollen politischen Streits ohnehin. Doch politische Debatte, auch hart in der Sache, ist dabei offensichtlich schon lange nicht mehr gewollt. Es geht vielen Marschierern vielmehr um trotziges Einfordern ihres Standpunktes. Das Boot ist voll. Merkel, Gabriel und Co. seien „Volksverräter“. Ab an den Galgen mit ihnen. Wer so denkt, redet und demonstriert, dem ist nicht an einem friedlichen Interessenausgleich, nicht an einer humanen Flüchtlingspolitik und Integration von Menschen gelegen, die aus schierer Not zu uns flüchteten. Es ist dies der bittere Hass, der aus Verlust und Veränderungsgängsten entsteht.

Unrühmlicher Tiefpunkt war nun die Entgleisung des deutsch-türkischen Rechtspopulisten Akif Pirincci. Der Mann verstieg sich nicht nur zur Verunglimpfung deutscher Politiker als „Gauleiter gegen das eigene Volk“, sondern bedauerte gar, dass KZs ja „leider derzeit außer Betrieb“ seien. Damit hat der Autor nicht nur einen unsäglich Vergleich bemüht, sondern zugleich ein historisches Tabu gebrochen. Damit ist es nicht mehr weit bis zu Holocaust-Leugnern vom Schlage eines David Irving. Vermutlich hat Pirincci damit allerdings auch den Strafmaßbestand der Volksverhetzung erfüllt. Das muss die Justiz nun prüfen.

WEITERE KOMMENTARE

Strom: Wirtschaftsministerin Ilse Aigner agiert beim Management der Energiewende ungeschickt. [SEITE 6](#)

Behindertensport: Zwei Beispiele zeigen, dass es im Leistungsbereich auch hier höchst rau zugeht. [SEITE 13](#)

PRESSESTIMMEN

Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung zur Flüchtlingskrise: „Dresdner Bürger haben eine Antwort gegeben. Sie sind zu Tausenden gegen Radikale und Hetzer auf die Straße gegangen. Bürger wie Politik müssen sich auf die Seite der Schwachen stellen, alle Staatsgewalten gegen Unrecht vorgehen und das Recht wahren. Dazu gehört es aber auch, nicht jede scharfe Stimme gegen die Flüchtlingspolitik der ganz großen Koalition als rechtsextrem zu brandmarken. Die Verschärfung des Asylrechts täuscht darüber hinweg, dass bestehendes Recht oft schlicht nicht vollzogen wird. Und sie ändert nichts daran, dass es eine Illusion ist, Hunderttausende jedes Jahr kostenneutral zu versorgen und zu integrieren.“

Kölnischer Stadt-Anzeiger

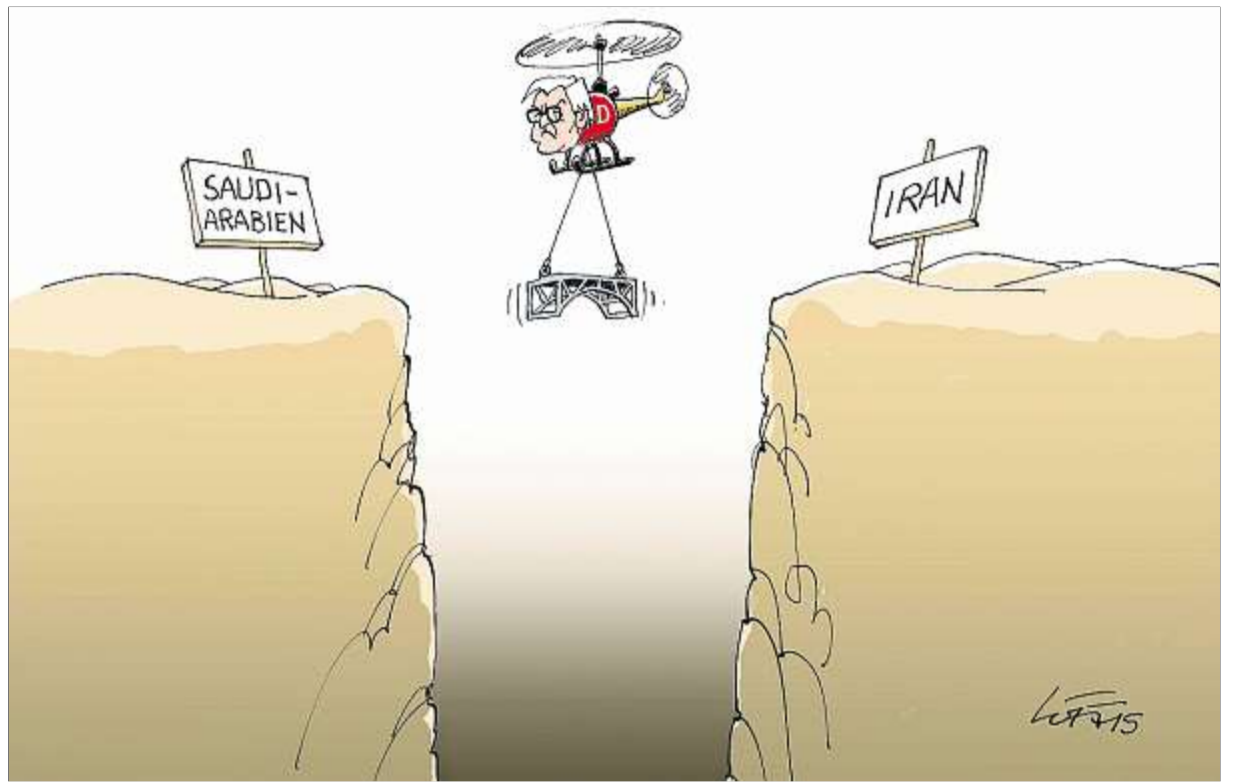
Die Zeitung zu Hassbotschaften im Internet: „Es mag sein, dass Hassbotschaften den Regeln von Facebook entsprechen. Aber dann sind diese Regeln das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Tatsächlich geht es um den Schutz der Meinungsfreiheit, aber in einem anderen Sinn, als er den Facebook-Managern vor Augen steht. In einer giftigen Umgebung, in der Rassismus gedeiht und Hass erblüht, ist freie Meinungsäußerung unmöglich. Das nimmt Facebook ungerührt in Kauf.“

DIE WELT

Die Berliner Zeitung zu Pegida: „Natürlich ist es inakzeptabel, wenn vor Dresdner-Pegida-Aufläufen mit Nazi-Rhetorik schwadroniert wird. Aber bitte schön – da hilft keine regierungsamtliche Empörungslast. Da hilft einzig und allein der Staatsanwalt. Da ist aber vor allem die Hauptfrage aus der Mitte der Gesellschaft: Wie lange geht das noch weiter mit dieser Völkereinwanderung? Es verfestigt sich der Eindruck, dass der Empörungswettbewerb angesichts extremistischer Auswüchse an den Rändern eine Ersatzhandlung der politischen Klasse ist. Sollte sich regierungsamtliche Aufmerksamkeit nicht bald erkennbar dem Zentrum des Flüchtlingsproblems zuwenden, werden dieser Bundesregierung aus der Mitte der Gesellschaft Probleme erwachsen, gegen die das hässliche Knirschen an den Rändern ein vernachlässigbares Nebengeräusch ist.“

DER TAGESSPIEGEL

Die Berliner Zeitung zu Pegida: „Sich abzugrenzen heißt außerdem, Pegida entgegenzutreten. Mit Argumenten. Mit der Widerlegung aller Behauptungen ihrer Führungssclique. Und das ist möglich! Nötig ist dazu, alle sachlichen Argumente zu sammeln und bereitzuhalten.“



Steinmeiers Brücke

Karikatur: Luff

Eine Welt ohne Hunger

ARMUT Es werden genügend Lebensmittel produziert, um die ganze Menschheit zu ernähren. Dennoch werden nicht alle satt – aus vielen unterschiedlichen Gründen.

AUSSENANSICHT



MARITA WIGGERTHALE
Die Autorin ist Agrarexpertin der Entwicklungsorganisation Oxfam.

Es ist ein ambitioniertes Ziel: Bis 2030 wollen die Vereinten Nationen Hunger und Mangelernährung auf der Welt beseitigen und jedem Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen. So haben es die 193-UN-Mitgliedsstaaten im September mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen beschlossen. Die Ziele sind für alle Mitgliedsstaaten verpflichtend, also auch für Deutschland. Um sie umzusetzen, braucht es einen Paradigmenwechsel. Zwar gab es in den letzten 25 Jahren Fortschritte bei der Hungerbekämpfung – aber im Schnecken tempo. Ein „weiter so wie bisher“ würde nach Prognosen der Welternährungsorganisation (FAO) bedeuten, dass 2030 immer noch 653 Millionen Menschen nicht satt werden.

Bisher setzen viele Staaten auf landwirtschaftliches Wachstum, Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen. Doch dieser Ansatz geht am Kern vorbei. Hunger ist kein Problem des Mangels, sondern der Verletzung der Menschenrechte und der Umweltzerstörung. Weltweit werden genügend Lebensmittel produziert, um die ganze Menschheit problemlos zu ernähren. Dennoch hungern nach FAO-Angaben aktuell 795 Millionen Menschen. Ins-

gesamt zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Es sind vor allem Menschen, die systematisch marginalisiert und diskriminiert werden: Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlose, Indigene, Frauen oder Arbeiter/innen. Eine wirksame Hungerbekämpfung müsste politisch genau dieser Diskriminierung entgegenwirken und die Betroffenen einbeziehen.

Deshalb spielt der alljährlich in Rom tagende UN-Welternährungsausschuss so eine wichtige Rolle. Er ist eine der wenigen, relevanten Plattformen, bei denen die Menschenrechte im Fokus stehen. Seine Aufgabe ist es, die Hungerbekämpfung zu koordinieren. Die Zivilgesellschaft – soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen – sitzen dort genauso wie die Unternehmen mit am Verhandlungstisch. Das ist einmalig im Kontext der Vereinten Nationen.

Beim jüngsten Treffen des Ausschusses stand das Thema „Wasser für Ernährungssicherung“ auf der Agenda. Dabei betonten die Ausschussmitglieder das Menschenrecht auf Wasser und die herausragende Bedeutung von

Wasser im Ökosystem. Zudem bestätigten sie, wie wichtig die Regulierung des Wassersektors ist: Nur so könne man Wasser als öffentliches Gut schützen und sehr armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Wasser gewährleisten.

Leider zeigt die Erfahrung: Wenn die Wirtschaftsinteressen mächtiger Konzerne betroffen sind, spielen die Menschenrechte für die Regierungen nur eine untergeordnete Rolle. Das kann man bei den aktuell diskutierten Freihandelsabkommen wie TTIP oder den Agrarverhandlungen der WTO sehen. Auch die Klima- und Energiepolitik spielt bei der Hungerbekämpfung eine zentrale Rolle. Schließlich sind vor allem die Menschen in den armen Ländern vom Klimawandel betroffen, leiden unter Überschwemmungen, Dürren und anderen Naturkatastrophen und erleben dramatische Ernteausfälle. Der Erfolg bei der Klimakonferenz in Paris im Dezember wird sich deshalb daran messen müssen, ob das Abkommen hilft, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad C zu begrenzen. Und inwiefern sich die reichen Länder dazu verpflichten, die armen Länder bei der Anpassung an den Klimawandel finanziell zu unterstützen. Alle Industrieländer, auch Deutschland, müssen ihren fairen Beitrag dazu leisten. Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen haben sie sich dazu schließlich selbst verpflichtet.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung der Autorin wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen

- 01 Kriminalität** Fünf Monate nach der Vergewaltigung in der Naabuferstraße in Schwandorf nimmt die Polizei einen 38-jährigen Mann fest.
- 02 Winterzeit** Bald ist Zeitumstellung. So mancher findet sie unangenehm, andere haben ein paar Tricks auf Lager.
- 03 Internet** Der Verein Freifunk Regensburg will offenes WLAN für jedermann. Das Landratsamt sieht keinen Bedarf und hat rechtliche Bedenken.
- 04 Film** Der erste vollständige Trailer zum neuen „Star Wars“-Film führt bei den Fans zu Diskussionen.
- 05 Sport** Ob Regensburg eine neue Leichtathletikhalle bekommt, ist mehr als unsicher. Jetzt scheiterten Grundstücksverhandlungen.
- 06 Menschen** Mario Barth lästert im TV über Regensburgs Europabrunnen. Einer wartet schon sein 1997 auf seine Umsetzung: Benno Zierer.
- 07 Stars** Daniel Craig rettet in „Spectre“ die Welt. Privat ist der knallharte Agent ein freundlicher Typ, sagt eine Ex-Regensburgerin.

Freizeit

Mal wieder Lust auf einen Museumsbesuch? Welche Schätze Sie in welchem Museum der Region bewundern können, erfahren Sie bei uns auf Mittelbayerische Maps unter:

karte.mittelbayerische.de



Video des Tages

Der erste vollständige Trailer zum neuen „Star Wars“-Film ist da. Die Fans sind irritiert: Luke Skywalker ist nicht zu sehen.

www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

Freifunk Regensburg sagt: Von Touristen über Geschäftsleute bis hin zu Flüchtlingen würden alle vom freien WLAN profitieren. Das Landratsamt hat erhebliche Bedenken.

Reaktionen der User:

- Willkommen im Neuland. *Christian*
- Einfach nur traurig, dass es Deutschland nicht von der Störerhaftung weschafft. In jedem Touristendorf im Europäischen Umland gibt es so viele offene WLANs, dass man nicht weiß, welches man wählen soll. *Lukas*
- War aber klar, dass das nix wird. „Des hama ja no nie gmacht!“ *Torsten*

Diskutieren Sie mit uns weiter unter www.mittelbayerische.de/facebook